

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

23. Sitzung des Schul- und Sportausschusses (Wahlperiode 2013-2018)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 16.03.2017	
Sitzungsbeginn:	16:06 Uhr	
Sitzungsende:	18:00 Uhr	
Sitzungsort:	Berend-Schröder-Schule, Aula, Langer Lohberg 24, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Volker Krause- BfL		
Anja Sabrina Hagge- SPD		
Dr. Marek Lengen- SPD		
Jörn Puhle- SPD		
Anette Röttger- CDU		
Hauke Wegner- CDU		
Kristina Aberle- grün+alternativ+links (GAL)		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Timon Kolterjahn- FDP		
Oliver Prieur- CDU		
Georg Schopenhauer- SPD		
Stellvertreter		
Dagmar Hildebrand- CDU		Vertretung für: Frau Ingrid Schatz
Jörg Haltermann- SPD		Vertretung für: Frau Katja Godowski
Lothar Möller- BfL		Vertretung für: Frau Grete Rhenius
Verwaltung		
Senatorin Kathrin Weiher- FBL 4 - Kultur und Bildung		
Angelika Kramm- 4.040 Fachbereichscontrolling		
Friedrich Thorn- 4.401 - Schule und Sport		
Christiane Wiebe- 4.403 - VHS Lübeck		
Andreas Borchardt- 4.401 - Schule und Sport		
Protokollführung		

Antje Richter- 4.401 - Schule und Sport	
Sonstige Personen	
Holger Bull- Schulsportbeauftragter	bis TOP 6.1
Schulrat Helge Daus- Schulamt in der Hansestadt Lübeck	bis TOP 8.1
Schulrat Gustaf Dreier- Schulamt in der Hansestadt Lübeck	bis TOP 6.1
Irmgard Reinberg- Seniorenbeirat	bis TOP 8.1
Regina Rennfleisch- Seniorenbeirat	bis TOP 8.1
Christian Rettberg- Beauftragter für Menschen mit Behinderung	bis TOP 8.1
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Ingrid Schatz- CDU	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Katja Godowski- SPD	entschuldigt
Sascha Luetkens- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	entschuldigt
Grete Rhenius- BfL	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.02.2017
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Mitteilungen der Verwaltung
3.1.1.	Bericht der Landesregierung schulische Bildung 2017
3.1.2.	Saisonöffnung auf der Passat
3.2.	Anfrage von Herrn Haltermann zur Personalausstattung der Schulsekretariate
3.2.1.	Antwort auf die Anfrage von Herrn Haltermann im Schul- und Sportausschuss am 17.11.2016 zur Personalausstattung der Schulsekretariate Vorlage: VO/2017/04622
4.	Berichte
4.1.	Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung -Leitlinien für die Diskussion in den Regionalkonferenzen Vorlage: VO/2017/04709
4.2.	Bildungsbericht hier: Aktualisierter Materialband Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2016/17 Vorlage: VO/2017/04721
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Kooperationsvereinbarungen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und beruflichen Gymnasien Vorlage: VO/2017/04643
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.01.2017 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. IT-Ausstattung der Volkshochschule Lübeck Vorlage: VO/2017/04687
6.2.	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.01.2017 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der FDP-Fraktion betr. IT-Ausstattung der Volkshochschule Lübeck Vorlage: VO/2017/04688

7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Verschiedenes
8.1.	Gesundes Essen an den Grundschulen und Förderzentren
13.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--

Der Vorsitzende eröffnet die 23. Sitzung des Schul- und Sportausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende dem Schulleiter der Berend-Schröder-Schule Herrn Schneider Gelegenheit zu einer Begrüßung.

Herr Schneider heißt die Anwesenden Willkommen und stellt die Berend-Schröder-Schule vor. Zwei weitere Vertreterinnen der Schule geben ein Einblick in ihre Tätigkeit als Lehrkräfte.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

Damit ist die Tagesordnung einschließlich der Zuordnung von TOP 9.1 zum nichtöffentlichen Teil einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.02.2017

Herr Schopenhauer hinterfragt die Angabe „Abschluss fachgebundene Hochschulreife“ in der Anlage 2 zum Protokoll.

Herr Krause hält die in der Anlage 2 zum Protokoll für die beruflichen Gymnasien angegebene Abiturquote für falsch und erklärt, warum sich aus seiner Sicht die Zahlen der erreichten Abschlüsse nicht unmittelbar miteinander vergleichen ließen.

Die Verwaltung wird die Hinweise überprüfen.

*Anmerkung zum Protokoll: Eine Stellungnahme zu den Anmerkungen von Herrn Krause und Herrn Schopenhauer ist als **Anlage 1** beigefügt.*

Herr Krause bittet, beim TOP 3.1.4 Mitteilungen der Lübecker Schwimmbäder zum fünften Spiegelstrich die Aussage von Herrn Hoppe zu ergänzen, dass eine Sanierung des Sportbads St. Lorenz Nord mit einem Kostenvolumen von ca. 7,4 Mio. Euro erforderlich sei.

Der Ausschuss stellt die Niederschrift unter Berücksichtigung der vorgenannten Ergänzung und der Prüfaufträge bei einer Enthaltung einstimmig fest.

zu 3 **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

zu 3.1 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 3.1.1 **Bericht der Landesregierung schulische Bildung 2017**

Herr Thorn nimmt Bezug auf die aktuelle Presseberichterstattung zum Bericht der Landesregierung schulische Bildung und stellt anhand einer Präsentation (**siehe Anlage 2**) die Situation hinsichtlich der AbiturientInnenzahlen, der SchulabgängerInnen ohne Abschluss sowie der Zahlen zu SchülerInnen mit Förderbedarf im Vergleich Lübeck/Kiel dar und geht auf mögliche Ursachen ein.

Herr Daugs ergänzt die Ausführungen von Herrn Thorn zu den SchulabgängerInnen ohne Abschluss und informiert über die Ergebnisse einer Untersuchung der Gründe für Schulabbrecher und über die Maßnahmen dem entgegenzuwirken. Die Schulsozialarbeit und die Kooperative Erziehungshilfe seien eingebunden, es würden Zielvereinbarungen mit den Schulen bestehen und die Schulen seien mit über 40 Maßnahmen breit aufgestellt. Hinsichtlich der statistischen Angaben weist Herr Daugs darauf hin, dass der Förderschulabschluss und der Abschluss im Rahmen eines Schularwechsels hier nicht mit einberechnet werden. Laut Herrn Daugs würden tatsächlich 93% der SchülerInnen in Lübeck einen Abschluss erreichen.

Herr Dreier informiert über den gesetzlichen Hintergrund und das Verfahren zur Erhebung des Förderbedarfs im sozial/emotionalen Bereich und erläutert, dass in Lübeck im Gegensatz zu den Flächenkreisen aufgrund der unterschiedlichen Sozialstrukturen eine passgenaue Ermittlung und Verteilung der Ressourcen erforderlich sei. Im Weiteren geht Herr Dreier auf das Thema Schulabsentismus ein und teilt mit, dass die Zahlen seit drei Jahren in Folge abnehmen würden und man sich in der HL in enger Kooperation mit der Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit und den Schulen auf einem guten Weg befinde.

Nachfragen von Herrn Prieur zur Lübecker Strategie gegen Absentismus beantwortet Herr Dreier.

Frau Kramm bietet in diesem Zusammenhang an, dass sich die Kooperative Erziehungshilfe (KEH) einmal im Ausschuss vorstellt. Auf Nachfrage des Vorsitzenden stimmt der Ausschuss zu.

zu 3.1.2 **Saisoneröffnung auf der Passat**

Herr Thorn informiert über den Termin und das Programm zum Saisonauftakt 2017 auf der Passat und lädt alle Anwesenden herzlich zur Teilnahme am Sonntag, 09.04.2017 ein.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

zu 3.2 Anfrage von Herrn Haltermann zur Personalausstattung der Schulsekretariate

zu 3.2.1 Antwort auf die Anfrage von Herrn Haltermann im Schul- und Sportausschuss am 17.11.2016 zur Personalausstattung der Schulsekretariate Vorlage: VO/2017/04622

Herr Haltermann bedankt sich für die aus seiner Sicht ausführliche und gut nachvollziehbare Antwort. Zur Berechnungsgrundlage für die Stundenbedarfe der Schulsekretariate regt Herr Haltermann an, den Sockelbetrag je Schulart für verbundene Systeme anzuheben, um den Mehraufwand durch mehrere Aufnahmeverfahren zu berücksichtigen.

Herr Thorn erklärt, dass der Berechnungsschlüssel im Jahr 2012 im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit VertreterInnen der Schulleitungen und der SchulsekretärInnen auf der Grundlage einer Organisationsuntersuchung an Kieler Schulen entwickelt worden sei. Herr Thorn sagt zu, den Hinweis von Herrn Haltermann zu prüfen. Er gibt allerdings auch zu bedenken, dass für eine Änderung der einvernehmlich abgestimmten Berechnungsgrundlage das ganze Verfahren wieder neu eröffnet werden müsste.

Nachfragen von Herr Haltermann zur Übersicht der SchulsekretärInnenstunden beantworten Herr Thorn und Frau Richter. Herr Thorn teilt mit, dass die Mehrbedarfe größtenteils auf der noch anstehenden Umsetzung des Berechnungsschlüssels für die Berufsschulen basieren, die abhängig sei von der individuellen räumlichen und personellen Situation sowie von der stellenplanmäßigen Ordnung. Frau Richter ergänzt zu den allgemeinbildenden Schulen, dass nach dem Stichtag der Darstellung zwei Stellenvakanzen bereits ausgeglichen werden konnten.

Zu der Frage von Herrn Haltermann nach den Überhängen an der Stadtschule Travemünde und der Julius-Leber-Schule teilt Herr Thorn mit, dass eine Beantwortung nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit möglich wäre. Herr Haltermann zieht seine Frage daraufhin zurück.

Herr Prieur stellt die Auskömmlichkeit des Berechnungsschlüssels insgesamt in Frage. Herr Haltermann ist aus Schulleitersicht der Auffassung, dass der Berechnungsschlüssel ausgenommen des Sockelbedarfs für die verbundenen Systeme gut an die Bedarfe angepasst sei.

Herr Thorn informiert, dass der Stundenbedarf für den Bildungsfonds aktuell auf dem Prüfstand stehe. Weiterhin werde derzeit die Gefährdungsbeurteilung für die Berufsgruppe der SchulsekretärInnen unter Einbindung der SchulleiterInnen durchgeführt. Hieraus könnten weitergehende Maßnahmen erforderlich werden.

Auf Nachfrage von Herrn Prieur erklärt Herr Thorn, dass eine durchgehende personelle Besetzung der Schulsekretariate mit relativ geringem Stundenbedarf aus organisatorischen Gründen nicht immer möglich sei.

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung -Leitlinien für die Diskussion in den Regionalkonferenzen Vorlage: VO/2017/04709
--

Frau Senatorin Weiher führt ein und informiert anhand des umgeteilten Vermerks (**siehe Anlage 3**) über die Termine, den Teilnehmerkreis sowie den Ablauf der Regionalkonferenzen. Frau Weiher geht auf die Themen ein, die von einer Diskussion in den Regionalkonferenzen ausgenommen werden sollen. Dies betreffe die Berufsschulentwicklung aufgrund der verbindlichen Kooperationsvereinbarungen mit den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, die Entwicklung der Gymnasien, da Frau Weiher mit den Schulleitungen hierzu im direkten Austausch stehe sowie die Schulen Niendorf und Groß Steinrade aufgrund der wegweisenden Beschlusslage der Bürgerschaft. Im Weiteren sieht Frau Weiher keinen Bedarf für die im Schulentwicklungsgutachten empfohlene Zusammenführung der Förderzentren Berend-Schröder-Schule und Astrid-Lindgren-Schule in Moising. Zum Ablauf der Regionalkonferenzen wünscht sich Frau Weiher eine aktive Beteiligung der Zielgruppen. Zum weiteren Vorgehen teilt Frau Weiher mit, dass die Ergebnisse der Regionalkonferenzen nach einer Auswertung und Zusammenfassung voraussichtlich noch im Sommer der Bürgerschaft zur Entscheidung vorgelegt werden können.

Herr Puhle kritisiert den vorliegenden Bericht als inhaltlich zu dünn. Hinsichtlich des Teilnehmerkreises der Regionalkonferenzen nimmt Herr Puhle Bezug auf die Erörterung der Thematik im Schul- und Sportausschuss am 18.06.2016 und sieht die Forderung des Ausschusses nach einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung als nicht erfüllt an.

Frau Weiher erklärt den Verwaltungsvorschlag zur Zusammensetzung der Regionalkonferenzen damit, eine arbeitsfähige Größe der Konferenzen zu gewährleisten.

Zur inhaltlichen Gestaltung des Berichts spricht Frau Kramm.

Herr Puhle beantragt, den Bericht zurückzuweisen und begründet dies mit der fehlenden breiten Öffentlichkeitsbeteiligung und den fehlenden konkreten Maßnahmenvorschlägen der Verwaltung. Das Vorgehen würde daher nicht dem vom Ausschuss und von der Bürgerschaft beschlossenen Verfahren entsprechen.

Der Ausschuss ist einverstanden, dem Behindertenbeauftragten Herrn Rettberg das Wort zu erteilen. Herr Rettberg spricht sich für eine Teilnahme des Behindertenrats an den Regionalkonferenzen aus.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion zur Öffentlichkeitsbeteiligung und zum weiteren Vorgehen an, an der sich Herr Prieur, Herr Schopenhauer, Frau Hildebrandt, mehrfach Herr Haltermann, Frau Röttger, mehrfach Herr Puhle, der Vorsitzende, Herr Kolterjahn, Herr Thorn, Herr Krause, Frau Aberle, Herr Dr. Lengen und Frau Weiher beteiligen.

Herr Prieur versteht die von der Verwaltung vorgegebenen Leitlinien als die Maßnahmeneckpunkte, die in den Regionalkonferenzen zu diskutieren seien. Frau Hildebrandt und Frau Röttger sprechen sich ebenfalls für die Vorgehensweise der Verwaltung aus.

Herr Schopenhauer sieht die Öffentlichkeit nicht ausreichend vertreten. Herrn Puhle fehlt weiterhin das Maßnahmenkonzept.

Der Vorsitzende hat den Eindruck, dass unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wie ein Konzept der Verwaltung aussehen sollte. Aus seiner Sicht würden die von der Verwaltung definierten Leitlinien den Anforderungen an ein Konzept genügen. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Personenkreis sieht der Vorsitzende als eine Diskussionsgrundlage und geht davon aus, dass die Öffentlichkeit nicht grundsätzlich ausgeschlossen werde.

Herr Kolterjahn befürwortet eine Begrenzung der Öffentlichkeit, um noch sachlich arbeiten zu können.

Herr Thorn weist darauf hin, dass es sich bei dem geplanten Personenkreis bereits um jeweils ca. 100 TeilnehmerInnen handele und dieser festgelegt worden sei, um im Rahmen der Schulöffentlichkeit auch noch inhaltlich über Schulentwicklung diskutieren zu können. Die Leitplanken unter Berücksichtigung der ausgenommenen Themenbereiche seien durchaus als Maßnahmenkonzept zu verstehen.

Frau Aberle hält es für schwierig, das aus ihrer Sicht sehr abstrakte Konzept in den Regionalkonferenzen zu diskutieren.

Frau Weiher stellt klar, dass der Teilnehmerkreis das Arbeitsgremium der Regionalkonferenzen darstelle, darüber hinaus teilnehmende ZuhörerInnen aber nicht ausgeschlossen seien. Hinsichtlich der Bedenken von Frau Aberle geht Frau Weiher auf den geplanten Ablauf der Konferenzen ein. Dazu spricht Frau Kramm.

Herr Puhle bittet, die Einführung von Frau Weiher zu protokollieren und zieht seinen Antrag zurück.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.2 Bildungsbericht hier: Aktualisierter Materialband Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2016/17 Vorlage: VO/2017/04721
--

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Kooperationsvereinbarungen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und beruflichen Gymnasien Vorlage: VO/2017/04643

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die gemäß § 43 Absatz 6 Schulgesetz gestatteten Kooperationen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und beruflichen Gymnasien können ab dem Schuljahr 2017/18 (folglich mit Wirkung ab 01.08.2017) auch rechtsverbindlich abgeschlossen werden. Kündigungsregelungen für die jeweils an der Kooperationsvereinbarung Beteiligten sind einzuarbeiten.

*Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig gemäß Beschlussvorschlag
zu beschließen.*

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.01.2017 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. IT-Ausstattung der Volkshochschule Lübeck
Vorlage: VO/2017/04687**

Der Vorsitzende erläutert den Hintergrund des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Zu dem Vorschlag von Herrn Prieur, die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 gemeinsam zu behandeln, sprechen Herr Puhle und der Vorsitzende, der vorschlägt, die Anträge in einen gemeinsamen Prüfauftrag zusammenzuführen.

Frau Senatorin Weiher rät davon ab, die VHS Lübeck in das IT-Konzept für die Lübecker Schulen einzubinden, da die in Aussicht stehenden Förderprogramme ausschließlich für Schulen zu verwenden seien und sich ein gemeinsames Konzept für die Inanspruchnahme der Fördermittel problematisch gestalten würde. Zudem würden sich die Bedürfnisse der VHS im pädagogischen IT-Bereich von denen der Schulen unterscheiden. Frau Weiher schlägt daher vor, die VHS ebenso wie das Archiv in das Digitalisierungskonzept für die Stadtverwaltung aufzunehmen.

Herr Kolterjahn spricht sich dafür aus, die Überweisungsanträge als Prüfaufträge zu übernehmen.

Herr Puhle beantragt, die Einbindung der VHS Lübeck in das IT-Konzept für die Lübecker Schulen zu prüfen und zu untersuchen, ob es Synergieeffekte mit der vorhandenen IT des städtischen Fortbildungszentrums gibt.

Frau Wiebe spricht dazu und informiert, dass für die Ausstattung der VHS im pädagogischen Bereich vor allem Hardware erforderlich sei.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Puhle abstimmen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einbindung der VHS Lübeck in das IT-Konzept für die Lübecker Schulen (Bericht VO/2016/04082 IT-Infrastruktur an Lübecker Schulen) zu prüfen. Der Bürgermeister wird weiter beauftragt zu prüfen, ob es Synergieeffekte mit der vorhandenen IT des städtischen Fortbildungszentrums gibt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig antragsgemäß.

zu 6.2 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.01.2017 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der FDP-Fraktion betr. IT-Ausstattung der Volkshochschule Lübeck
Vorlage: VO/2017/04688

Siehe Tagesordnungspunkt 6.1

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 Gesundes Essen an den Grundschulen und Förderzentren

Frau Aberle erkundigt sich nach dem Schulprogramm für eine gesunde Ernährung an den Grundschulen und Förderzentren.

Herr Thorn sagt zu, hierzu nähere Informationen nachzureichen und die Schulen zu informieren.

*Anmerkung zum Protokoll: Ein entsprechendes Rundschreiben an die Schulen ist als **Anlage 4** beigefügt.*

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Teil kein Beschluss gefasst worden sei.

Der Vorsitzende schließt um 18.00 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 29. Mai 2017

André Kleyer
Vorsitzende/r

Antje Richter
Protokollführung